

## Stellungnahme zu den Bemerkungen 2018 des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein vom 20.4.2018

### *Aufruf zu einer sachlichen Analyse und bildungspolitischen Entscheidungen im Interesse der künftigen Generation*

In seinen insgesamt 223 Seiten umfassenden Bemerkungen geht der Landesrechnungshof u.a. im Kapitel „Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur“ auf „Neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen“ ein, und mahnt in diesem Kontext einen wirtschaftlichen Einsatz der eingesetzten Mittel ein. Da dies grundsätzlich für den Einsatz öffentlicher Mittel gilt, ist dem so zunächst nicht zu widersprechen. Allerdings sehen wir die Gefahr, dass der Bericht zu populistischen Verkürzungen und politischer Instrumentalisierung benutzt wird.

Die Analyse über die Bedeutung der Gemeinschaftsschulen für das Bildungssystem Schleswig-Holsteins muss deren gesamtes Leistungsspektrum in den Blick nehmen. Das Angebot von Gemeinschaftsschulen hat dazu geführt, die Qualität der Bildungsabschlüsse in Schleswig-Holstein insgesamt zu verbessern, dies gilt insbesondere für die Steigerung der Abiturientenzahl. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt gesteigert und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem internationalen Markt verbessert. Angesichts dieser Situation kann niemand eine Verknappung des Angebots wollen. Eine Öffnung und Erweiterung des Zugangs zum Abitur sollte weiter auf der Agenda stehen.

Gemeinschaftsschulen leisten den Hauptbeitrag zur Integration geflüchteter junger Menschen und zur Inklusion. Was das für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedeutet, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Warum das Gymnasium sich hier in einer privilegierten Stellung befindet und nur einen geringen Beitrag leistet, wird kaum hinterfragt. Kaum hinterfragt worden ist auch, dass die Rückwandlung des Gymnasiums von einem achtjährigen in einen neunjährigen Bildungsgang einen höheren zweistelligen Millionenbetrag an Kosten verursachen wird. Ebenso wenig ist hinterfragt worden, mit welcher Berechtigung den Gymnasien für diesen Umwandlungsprozess in den nächsten Jahren 44 Lehrkräftestellen zur Verfügung gestellt werden.

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Allein betriebswirtschaftliche Bewertungen greifen zu kurz. Leistungen und Erwartungen an das Bildungssystem sind gesellschaftlich zu diskutieren und letztlich politisch zu entscheiden. Alle Heranwachsenden haben einen Rechtsanspruch auf eine optimale Bildung. Nur mit gut ausgebildeten Menschen kann die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft gesichert werden. Ob dies durch das dem aktuellen Schulsystem zugrundeliegende Regelwerk zu bewerkstelligen ist, muss vor dem Hintergrund der vielen vorhandenen Baustellen bezweifelt werden. Auch wenn wir nicht alle Gedanken im Bericht des Landesrechnungshofes teilen, so erhellt er, dass Handlungsbedarf besteht. Daher unterstützen wir die Initiative zur Einrichtung eines „Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit“<sup>1</sup>, von dem wir uns Anregungen für eine Weiterentwicklung unseres Schulsystems erwarten.

Die GGG ist bereit, sich an einem entsprechenden Bildungsdialog in Schleswig-Holstein zu beteiligen.

Dieter Zielinski

---

<sup>1</sup> Siehe: [https://www.change.org/p/bundesregierung-bildungsrat-f%C3%BCr-bildungsgerechtigkeit?recruiter=838357172&utm\\_source=share\\_petition&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=share\\_email\\_responsive](https://www.change.org/p/bundesregierung-bildungsrat-f%C3%BCr-bildungsgerechtigkeit?recruiter=838357172&utm_source=share_petition&utm_medium=email&utm_campaign=share_email_responsive)